

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (0228) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 846 pabr d



## Inhalt

39. Jahrgang / 88

8. Mai 1984

Ernesto Cardenal, Priester und Kulturminister von Nicaragua, weist die Kritik der Bischöfe an der Regierung seines Landes zurück: Zum Schaden von Nicaragua. Seite 1

Klaus Daubertshäuser MdB befaßt sich mit der Verkehrspolitik von Minister Dollinger: Schädlich für die Bahn. Seite 3

Günter Pauli MdB macht darauf aufmerksam, daß das Lager Al-Ansar im Südlibanon wieder geöffnet wurde: Israel brach Abkommen. Seite 5

Jürgen Vahlberg MdB, Mitglied des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages, fordert den Ausbau des Petitionsrechts: Auch Gemeinden können über Eingaben entscheiden. Seite 6

Eine Botschaft, die Nicaragua schwächen soll

Erwiderung auf den Hirtenbrief der Bischöfe des zentral-amerikanischen Landes

Von Ernesto Cardenal  
Priester und Dichter  
Kulturminister von Nicaragua

Obwohl alle Bischöfe Nicaraguas den Hirtenbrief gegen die Regierung unterzeichnet haben, bin ich sicher, daß nicht alle mit dem Inhalt einverstanden sind. Schon früher haben bei ähnlichen Erklärungen einige später geäußert, man habe sie unter Druck gesetzt.

Als mein Amtsbruder Miguel d'Escoto den Bischof von Esteli, Rubén Lopez, anrief und ihn nach diesem Hirtenbrief fragte, sagte der Bischof, er sei nicht einverstanden mit dem Hirtenbrief, aber ihm sei keine andere Wahl geblieben.

In dem Brief finde ich keine theologische Aussage. Es handelt sich um einen politischen Brief, der aus strategischen Gründen genau in dem Augenblick veröffentlicht wurde, in dem Nicaragua vor dem internationalen Gerichtshof in Den Haag Klage gegen die USA führt: Damit soll der Autorität der nicaraguanischen Regierung ein Schlag versetzt werden.

Verlag:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10/217  
5300 Bonn 2

Printed in Germany  
with recycled paper  
Kopierpapier



Aber dem Empfinden der Nicaraguaner wird ein Schlag versetzt. Die Bischöfe fordern die Regierung auf, sich mit den Somozisten und der Guardia Nacional, die täglich noch Bauern und Milizen umbringen, über die Zukunft des Landes zu einem Gespräch zusammenzusetzen.

Das ist so, als würde die Bundesregierung in Bonn aufgefordert, die Nazimörder, die KZ-Aufseher nach Bonn einzuladen, um mit ihnen über die Gestaltung der Gesellschaft zu reden.

Diese Taktlosigkeit wird das Volk den Bischöfen nicht vergessen! Denn es ist scheinheilig, in dem Zusammenhang davon zu sprechen, wir seien alle Brüder.

Es ist kaum denkbar, daß der Vatikan mit diesem Hirtenbrief einverstanden ist. Aber der Erzbischof von Managua, Obando y Bravo, ist unbelehrbar und von pathologischem Haß gegen die Sandinisten.

Daß jetzt Fotos von ihm und Somoza auf Banketts erscheinen und seine Empfangsbestätigungen über Sektlieferungen des Diktators, verstehe ich als kleine historische Erinnerung, daß die Bischofskonferenz in der Vergangenheit durchaus keine weiße Weste hatte.

Die Regierung könnte ganz anders vorgehen, sie will aber keine Konfrontation. Jede deutliche Antwort würde ihr so ausgelegt, als wolle sie die Wahlen manipulieren. Das aber will sie nicht, das braucht sie auch nicht.

Ich werde auf den Hirtenbrief antworten + aber mit einem sehr klaren Brief. In meinem Schreiben werde ich keine meiner persönlichen Argumente nennen, sondern nur Zitate unseres Herrn Jesu Christus, der sehr wohl wußte, wie man mit Pharisäern und Verrätern umging. (-/8.5.1984/ks/rs)

+ + +



### Schädliche Bahn-Politik

---

Bei Dollinger klaffen Anspruch und Wirklichkeit weit auseinander

Von Klaus Daubertshäuser MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Verkehrsausschuß des Deutschen Bundestages

Bundesverkehrsminister Dr. Dollinger hat nachhaltig "eine technisch hervorragend ausgerüstete, marktorientierte Bahn" gefordert. Doch wie sieht die Wirklichkeit aus? Allein zum Substanzerhalt müßte in der Größenordnung von fünf Milliarden DM pro Jahr in den Kernbereich der Deutschen Bundesbahn investiert werden. Doch die Investitionen in den Kernbereich liegen derzeit nur bei circa drei Milliarden DM pro Jahr. Die Größenordnung der Investitionen für Fahrzeuge liegt real bei circa 60 Prozent der Fahrzeuginvestitionshöhe des Jahres 1975.

Daran wird deutlich, die Aussage des Bundesverkehrsministers ist reines Wunschdenken. Denn das Durchschnittsalter von Anlagen und Fahrzeugen der Deutschen Bundesbahn steigt ständig. Da das Unternehmen Deutsche Bundesbahn von seinem Eigentümer nur unzureichend mit Investitionsmitteln ausgestattet wird, kann es auch den Anforderungen des Marktes durch Erneuerung von Anlagen und Fahrzeugen nur unzureichend folgen.

Darüber kann auch das gegenüber den Ansätzen leicht verbesserte Betriebsergebnis 1983 nicht hinwegtäuschen. Ja, bei genauem Hinsehen zeigt sich, die Deutsche Bundesbahn verbesserte ihr Ergebnis von heute zulasten der Bahn von morgen. Wenn sich dies auch nur einige Jahre fortsetzt, blutet das Unternehmen Deutsche Bundesbahn technisch aus, von einer marktorientierten Bahn kann dann nur noch ein Phantast schwätzen.

Diese Aussagen werden auch durch die Einzelbetrachtungen untermauert. Selbst wenn man im Güterwagenbereich einen niedrigen Zukunftsbestand mit nur 200.000 Wagen und einer wirtschaftlich unzulässig langen Lebensdauer von 40 Jahren ansetzt, ergibt sich eine jährliche Ersatzbeschaffungsquote von mindestens 50.000



Wagen. Die derzeitige Beschaffungsquote liegt allerdings bei nur circa 3.000 Wagen. Dem Vernehmen nach muß das Unternehmen Deutsche Bundesbahn 1985 sogar auf nur circa 2.000 Wagen zurückgehen.

Wenn man im Reisezugwagenbereich von einem Rechenansatz von 10.000 Stück ausgeht und eine aus wirtschaftlicher und aus Marktsicht unzulässige lange Lebensdauer von 32 Jahren veranschlagt, ergibt sich ein jährlicher Ersatzbedarf von circa 300 Wagen. Die derzeitige Beschaffungsquote liegt bei 80 bis 100 Wagen pro Jahr.

Wenn man im E-Lokbereich von einem äußerst niedrigen Zukunftsbedarf von nur 2.400 Stück ausgeht und ebenfalls eine wirtschaftlich unzulässige lange Lebensdauer von 40 Jahren zugrundelegt, läge der derzeitige Beschaffungsbedarf bei circa 60 E-Loks pro Jahr. Die derzeitige Beschaffungsquote beträgt aber nur 20 Stück pro Jahr und fällt in 1985 auf "0".

Die Zahlen für den Fahrzeugbereich lassen sich ohne weiteres auf die Brücken- und Signalanlagen übertragen. Hier gelten ähnliche Werte. Diese Zahlen untermauern eindrucksvoll, daß das Unternehmen Deutsche Bundesbahn von der Substanz zehrt. Die Politik gibt zwar den Grundsatz der Verstetigung der Beschaffung vor, da jedoch nicht ausreichend Investitionsmittel zur Verfügung gestellt werden, kann das Unternehmen Deutsche Bundesbahn im Gegensatz zu fast allen anderen europäischen Bahnen keine längerfristig gültige Fahrzeugplanung erstellen.

Eine derartige Politik schadet nicht nur dem Unternehmen Deutsche Bundesbahn in seiner Wettbewerbsfähigkeit, sie gefährdet auch die Arbeitsplätze im Unternehmen und bei der Eisenbahnindustrie in der Bundesrepublik.

(-/8.5.1984/ks/rs)

+ + +



### Israel hält Abkommen nicht ein

Im Lager Al-Ansar werden wieder Palästinenser festgehalten und schikaniert

Von Günter Pauli MdB

Im berüchtigten Gefangenenlager der israelischen Armee Al-Ansar im Südlibanon werden nach neuesten Berichten bereits wieder rund 2.000 Menschen festgehalten, obwohl dieses Lager entsprechend einer internationalen Vereinbarung aufgelöst werden sollte.

Im August des vergangenen Jahres hatten 85 sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete an die befreundeten Knesseth-Abgeordneten der Arbeiterpartei und der MAPAM appelliert, sich dafür einzusetzen, daß die Genfer Konvention von Israel eingehalten wird. Dies gilt insbesondere für die Bestimmung des Artikel 132 des 4. Genfer Abkommens, wonach der Gewahrsamsstaat verpflichtet ist, jede internierte Zivilperson freizulassen, "sobald die Gründe, welche ihre Internierung verursacht haben, nicht mehr bestehen". Am 23. und 24. November 1983 war es dann so weit. Sechs israelische Gefangene, die von der Palästinenserorganisation Fatah gefangengehalten wurden, sollten gegen 4.446 vorwiegend palästinensische Gefangene, die von der israelischen Armee im Libanon, auf der Westbank und in Israel festgehalten wurden, ausgetauscht werden. Der Austausch fand auf der Grundlage von Vereinbarungen zwischen der PLO, der israelischen Regierung und dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz statt.

Die Vereinbarungen waren Gegenstand langwieriger Verhandlungen, die mit der Unterstützung des ehemaligen österreichischen Kanzlers, Bruno Kreisky, Lova Eliav und des verstorbenen Palästinenserführers Issam Sartawi zustande gekommen waren. Es stellte sich jedoch bald heraus, daß die israelische Regierung sich nicht an ihren Teil der Vereinbarungen hielt. Hierauf machte auch bereits das Internationale Rote Kreuz in Genf in einer Presseerklärung vom 13. Dezember 1983 aufmerksam. Mindestens 131 Gefangene, deren Namen auf Listen aufgeführt waren, wurden nie freigelassen.

Das Al-Ansar-Lager wurde am 24. November 1983 geschlossen, doch wurde es am 12. Dezember 1983 neu eröffnet und besteht immer noch.

Das Schicksal der ehemaligen Gefangenen des Lagers Al-Ansar gibt Anlaß zur Sorge: Erneute Festnahmen und Schikanen. Bereits am 27. Dezember wurden in Al-Ansar 235 Gefangene festgehalten. Am 3. Januar 1984 meldete die libanesische Nachrichtenagentur unter Hinweis auf Polizeiberichte 800 neue Gefangene, während mittlerweile von 2.000 Gefangenen gesprochen wird. Über 3.000 ehemalige Ansar-Gefangene befinden sich noch im Südlibanon in einer Situation, die beunruhigend ist. Ein Teil derjenigen, die versuchten, nach Beirut zu gelangen, wurden von den Falangisten entführt, die in Jyeh und Damor mobile Straßensperren errichteten.

Inbesondere die UNWRA weist laufend darauf hin, daß auf die Palästinenser im Südlibanon starker Druck ausgeübt wird, um sie zum Verlassen des Gebietes zu veranlassen. Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz hat seit Dezember 1983 vergeblich versucht, Israel an seine Verpflichtungen zu erinnern. Israel muß seine dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz schriftlich gegebenen Erklärungen endlich einhalten. Das Gefangenenlager "Ansar" muß endlich geschlossen werden.

(-/8.5.1984/ks/rs)

+ + +



Das Petitionsrecht ausbauen

Die Gemeinden haben das Recht und die Pflicht, über Eingaben zu entscheiden

Von Jürgen Vahlberg MdB

Mitglied des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages

Jedermann hat das Recht sich mit Bitten und Beschwerden an die Volksvertretungen zu wenden. So steht es im Grundgesetz - so steht es in den Verfassungen der Bundesländer.

Von diesem Recht machen die Bürger ausgiebig Gebrauch. Bürger, die mit einem persönlichen Anliegen von den Verwaltungsapparaten als Nummer behandelt werden oder das Gefühl bekommen, die Ämter spielen ping-pong mit ihnen, weil sie sich über Rechtsauslegung und Zuständigkeiten nicht einigen können. Zunehmend aber auch Menschen, die sich bei allgemeinen Problemen - nach Reinhaltung der Luft oder Abschaffung der Massentierhaltung - auf die Regelungskompetenz der Parlamente hoffen und die Petitionsausschüsse anrufen.

Allein beim Petitionsausschuß des Bundestages sind 1983 rund 12.500 Eingaben gemacht worden.

Also: das Petitionsrecht wird von den Bürgern ernst genommen, wir sollten es weiter ausbauen. Zum Beispiel indem wir auch auf kommunaler Ebene Petitionsausschüsse schaffen.

Viele Eingaben sind an die Gemeindeparlamente gerichtet. Sie werden vielfach an die zuständigen Verwaltungsstellen zur Bearbeitung weitergeleitet. Das ist aber nicht im Sinne des jeweiligen Bürgers - er wünscht ja gerade die Behandlung seines Anliegens durch die politisch Verantwortlichen, er wünscht die Behandlung vor Ort.

Bisher gibt es keine Petitionsausschüsse in den Gemeindeparlamenten obwohl - nach einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 22. Mai 1980 - die Stadt- und Gemeinderäte das Recht und die Pflicht haben, Petitionen von Bürgern anzunehmen und über das jeweilige Begehren zu entscheiden.

Es wird endlich Zeit, die zur Erfüllung dieser Pflicht erforderlichen Voraussetzungen zu schaffen.

(-/8.5.1984/ks/rs)

+ + +

